

Sitzung des Beirats Mitte
vom 03.03.2020
Übergangsstandort für einen Drogenkonsumraum

Protokoll

Anwesend

vom Beirat	Partei	Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt	Gäste
Friedrich Jonas	GRÜNE	Hellena Hartung (Ortsamtsleitung)	Herr Prietzel (Gröpelinger Recycling Initiative)
Insa Drechsler-Konukiewitz		Manuela Jagemann (Protokoll)	
Waltraut Steimke		Armin Willkomm (Protokoll)	
Astrid Selle			Herr Utschakowski (Gesundheit)
Joachim Musch			
Jan Strauß	LINKE		Herr Körber (Inneres)
John Hellmich			Frau Barth (Comeback)
Jörg Windszus			
Birgit Olbrich	SPD		Frau Mergner (Comeback)
Holger Ilgner			
Michael Steffen			
Ingrid Kreiser-Saunders	CDU		
Dirk Paulmann			

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Frau Hartung begrüßt die anwesenden Gäste, Bürger*innen und Beiratsmitglieder und stellt die Tagesordnung vor: Der Quartierservice ist seit Jahren ein wichtiger Faktor im Viertel, doch seine Zukunft ist aus finanziellen Gründen bedroht. Das zweite Thema betrifft die Einrichtung eines Interims-Drogenkonsumraums in Containern auf dem Parkplatz des Jakobus-Hauses, da die Realisierung eines festen Drogenkonsumraums noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Das Konzept dazu wird dem Beirat heute vorgestellt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
3. Zukunft des Quartiersservice
4. Übergangsstandort für einen Drogenkonsumraum
5. Verschiedenes aus dem Beirat
6. Genehmigung des Protokolls

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

genehmigt

TOP 2: Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

keine

TOP 3: Zukunft des Quartiersservice

Frau Hartung erläutert, dass der Erhalt des Quartiersservice leider immer wieder in Frage gestellt werde, obwohl unstrittig sei, dass vom Quartiersservice eine wichtige Arbeit mit sichtbaren Ergebnissen geleistet werde. Sie weist zudem auf die identitätsstiftende Bedeutung des Quartiersservice für das Viertel hin. Ein weiterer Punkt seien die Arbeitsverhältnisse der über den Quartiersservice beschäftigten Mitarbeiter*innen im Niedriglohnbereich, die dennoch großen Einsatz und Engagement zeigen würden. Dies mache sie zu den Helden des Alltags in unserem Stadtteil. Herr Prietzel von der Gröpelinger Recycling Initiative [Anm.: zuständig auch für den Quartiersservice im Viertel] erläutert die aktuelle Situation des Quartiersservice:

Der Quartiersservice sei ein Beschäftigungsprojekt. Die Bezahlung der Kräfte erfolge daher über das Jobcenter auf Bremer Mindestlohniveau.

Ursprünglich sei der Quartiersservice 1998 auf Initiative des damaligen Ortsamtsleiters des Ortsamtes Mitte / Östliche Vorstadt, Robert Bücking, entstanden und sei dann von anderen Stadtteilen übernommen worden. Insgesamt gebe es derzeit 60 Plätze in Bremen. Nach 22 Jahren öffentlicher Förderung durch die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung & Wohnungsbau (SKUMS) sei 2019 diese Finanzierung durch die Re-Kommunalisierung weggefallen. Seitdem stehe das Projekt auf der Kippe. Eine Zwischenfinanzierung über die Initiative Saubere Stadt werde ebenfalls 2021 auslaufen. Jährlich entstehe so ein Defizit in Höhe von 250.000,- €, das nicht kompensiert werden könne. Derzeit werde das Defizit über Rücklagen ausgeglichen, die jedoch nun aufgebraucht seien. Problematisch sei zudem, dass die Zuständigkeit nicht klar zwischen Umwelt- und Wirtschaftsressort geregelt sei. Der Quartiersservice decke Sonderbereiche wie z. B.: Fahrradabstellanlagen, Spielplätze, den Großraum Sielwall-Kreuzung sowie Nachbarschaftshilfe bei Sperrmüll- und Gartenarbeit ab, die in keine andere Zuständigkeit fielen. Auch die Beiräte Gröpelingen, Findorff, West, Osterholz und Östliche Vorstadt hätten sich bereits für die Unterstützung des Quartiersservice ausgesprochen.

Diskussion / Fragen:

Herr Paulmann vom Beirat Mitte fragt nach, wie die Finanzierung des Quartiersservice strukturiert sei?

AW: Die Hauptfinanzierung mit ca. $\frac{3}{4}$ der Kosten entfalle auf das Jobcenter. Ein Viertel der Kosten werde über Landesmittel gedeckt, die jetzt wegfallen würden.

Herr Strauß vom Beirat erkundigt sich nach dem Stundenlohn und inwiefern die Tätigkeit beim Quartiersservice den Beschäftigten nütze?

AW: Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhielten den Bremer Mindestlohn bzw. die über eine Arbeitsgelegenheit Beschäftigten zusätzlich zu der Grundsicherung 1,40 € pro Stunde Aufstockung. Der Quartiersservice erfahre große Wertschätzung aus dem Stadtteil, gebe den Beschäftigten ein Gemeinschaftsgefühl und diene der Identifikation mit dem Stadtteil. Er habe eine stabilisierende Wirkung. Zudem handele es sich um ein Angebot ohne Zwang.

Frau Hartung ergänzt, das Ortsamt befände man sich im engen Austausch mit dem Quartiersservice. Die Beschäftigung erfülle eine wichtige soziale Funktion.

Herr Ilgner vom Beirat betont die flexible Aufgabenerledigung. Der Quartiersservice helfe, wenn sonst keiner mehr helfe. Er sei ein fester Bestandteil der Organisation im Stadtteil und leiste mehr als einfache Straßenreinigung mit einer guten Sichtbarkeit im Quartier. Die Einstellung wäre großer Verlust für den Stadtteil der durch Stadtreinigung nicht zu ersetzen sei.

Herr Prietzel fügt hinzu, es gebe keine Parallelarbeit. Die Stadtreinigung habe sich im Rahmen der Re-Kommunalisierung neu aufgestellt und habe im Großen und Ganzen alles im Griff, aber es bliebe immer genug Arbeit übrig.

Herr Ilgner möchte wissen, ob der Wegfall öffentlichen Mittel ein taktisches Argument der Stadt Bremen sei, um zu erreichen, dass das Jobcenter die volle Finanzierung übernehme?

AW: Das Jobcenter sei an seine Regelungen gebunden und könne Mittel, selbst wenn genug vorhanden seien, nicht nach Belieben einsetzen. Der Wegfall der öffentlichen Finanzierung könne nicht so einfach aufgefangen werden. Es gelte zudem, dass das Aus des Quartiersservice eine Gefahr für das Gesamtprojekt Recyclinghöfe bedeute.

Herr Friedrich vom Beirat betont, es sei unbedingt notwendig, dass der Fortbestand gesichert werde. Ihn interessiert, wie lange eine Beschäftigungsmaßnahme begrenzt sei, ob die Beschäftigten die Tätigkeit längerfristig ausüben könnten?

AW: Prinzipiell sei die Beschäftigung oftmals begrenzt, aber es gelinge häufig, eine längerfristige Perspektive von 2- 3 Jahren sicherzustellen. Es sei ein sozialer Arbeitsmarkt, für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt chancenlos seien.

Frau Kreiser-Saunders vom Beirat fragt nach der Anzahl, der Personen, die im Quartiersservice tätig seien?

AW: Insgesamt werden in Bremen 60, im Ortsamt In Mitte / Östliche Vorstadt 8 Personen beschäftigt.

Frau Steimke vom Beirat erkundigt sich nach den Organisationsstrukturen und deren Finanzierung?

AW: Es handele sich um ein Projekt, das Teil der Gröpelinger Recyclinginitiative sei. Von dort aus würden die Anträge für die Finanzierung des Quartiersservice gestellt.

Frau Drechsler-Konukiewitz möchte wissen, aus welchem Topf die Stadtreinigung finanziert werde? Gehöre der Quartiersservice denn nicht eigentlich dazu und könnten nicht vielleicht dort Ansprüche geltend gemacht werden?

AW: Die Stadtreinigung sei gebührenfinanziert und daher dürften solche Projekte nicht darüber finanziert werden. Das Problem sei haushaltstechnischer Art; es werde ein Titel im Haushalt für den Quartiersservice benötigt.

Herr Friedrich verliest den Beschlussvorschlag:

- Beschluss

Der Beirat Mitte hält die Arbeit des Quartierservice für unverzichtbar. Der Beirat stellt fest, dass die normale Stadtreinigung für das Viertel ergänzt werden muss. Der Quartierservice leistet eine hervorragende Arbeit insbesondere bei den Belastungen durch die hohe Besucherdichte und die große Anzahl an Veranstaltungen. Aus diesen Gründen muss die Finanzierung des Quartierservice auch in Zukunft gesichert sein.“

Herr Ilgner ergänzt, dass der grundlegende Beschluss jetzt gefasst werden solle. In der konkreten Ausformulierung sollte des Beschluss jedoch noch um einige Aspekte ergänzt werden, wie zum Beispiel der Hinweis darauf, dass der Quartiersservice mehr als eine einfache Ergänzung der Stadtreinigung sei die und die soziale Bedeutung, die der Quartiersservice habe. Der Beirat stimmt der Anregung von Herrn Ilgner zu.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

(Finaler Beschluss im Anhang).

TOP 4: Standort für einen Interims-Drogenkonsumraum

Frau Hartung führt in das Thema ein und stellt die zum Thema geladenen Gäste vor. Gekommen sind Herr Utschakowski von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Herr Körber vom Senator für Inneres sowie Frau Mergner und Frau Barth von der ambulanten Drogenhilfe *come back* in Bremen.

Herrn Utschakowski stellt das Kozept des Interims-Drogenkonsumraums dar. Die Schaffung eines zentralen Drogenkonsumraums gehe zurück auf einen Beschluss der Bürgerschaft und werde gemeinsam von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, der Senatorin für Soziales, Jugend Integration und Sport, den Trägern der Suchthilfe, den Streetworkern, der Polizei und dem Senator für Inneres getragen. Zur Vorbereitung sei eine Universitätsstudie in Auftrag gegeben worden. Ergebnis dieser Studie war, dass für den Standort die Nähe zum Hauptbahnhof und möglichst lange Öffnungszeiten wichtig seien. Zudem seien flankierende Maßnahmen wie Beratungs- und Hilfsangebote sowie ausreichende Kapazitäten für einen Kreis von 400-600 potentielle Nutzer*innen in Bremen erforderlich.

Folgendes soll sichergestellt werden:

- Allgemeine Gesundheitsziele
- Verhinderung von Todesfällen durchbeobachteten Drogenkonsum
- Soforthilfe
- Informationen zu Risiken
- Therapeutische Angebote wie Kontaktherstellung und Integration in Hilfsprogramme

- Ordnungspolitische Ziele wie die Entlastung des öffentlichen Raums durch Ermöglichung sozialverträglichen Konsumierens

Für den geplanten festen Standort sollen neben Beratung und Konsum auch ein Café mit angegliederten Arbeitsmöglichkeiten für die Nutzer*innen bereitgestellt werden.

Ein Standort für den Drogenkonsumraum konnte jedoch noch nicht sichergestellt werden. Als Übergangsort für die Container des Interims-Drogenkonsumraums sei der Parkplatz des Jakobus-Hauses geplant. Die Erreichbarkeit vom Bahnhof sei gut, das soziale Umfeld geeignet. Vorgesehene Öffnungszeiten seien montags bis freitags von 9 - 21 Uhr sowie samstags und sonntags von 12 - 17 Uhr. Das Konzept sähe 2 getrennte Räume mit 6 bzw. 4 Plätzen vor. Hinzu kämen zusätzliche Container für Beratung und Toiletten. Eine Grundversorgung mit Essen und Trinken soll zudem gewährleistet werden, um das Verweilen zusätzlich zu fördern. Ein temporärer Bauzaun solle sowohl als Sichtschutz wie auch zur Herstellung der „Hausmacht“ dienen. Dies ermögliche die Erteilung eines Platzverweises, Teil des Konzepts sei, dass der Handel auf dem Gelände unterbunden werde. Alle Räume seien komplett einsehbar und auch die WCs müssten gut zu überwachen sein.

Diskussion / Fragen

Herr Musch vom Beirat Mitte erkundigt sich danach, wie die Anmeldung funktioniert?

AW Frau Barth erläutert, es werde ein Aufnahmegespräch durchgeführt. Erstkonsumenten und Minderjährige werden dabei insbesondere beraten und möglichst zu weiteren Angeboten orientiert. Zudem soll abgefragt werden, ob die Nutzer*innen ihren natürlichen Aufenthaltsort in Bremen haben, Nutzer*innen von außerhalb würden aber nicht abgewiesen. Es erfolge eine anonyme Dokumentation. Derzeit würde eine Rechtsverordnung erstellt, die diese Regelungen festschreibe. Herr Strauß fragt nach der Sicherheit und der inneren Gestaltung der Container.

AW: Es handele sich um Standard-Container mit verkleideten Wänden. Diese müsse gut zu reinigen sein, die Inneneinrichtung voraussichtlich aus Metall. Es gebe eine Entlüftungsanlage, sie würden beheizt und verfügten über Glasscheiben zu den Konsumräumen

Auf die Nachfrage zur Dauer eines Konsumprozesses heißt es, dass für diesen etwa 20 Minuten kalkuliert würden.

Herr Bollhagen vom Beirat hat eine Frage zur Akzeptanz: Wie würde sowas denn angenommen? Sei die Bereitschaft da, sich an einem solch öffentlichen Ort eine Spritze zu setzen?

AW: Dies sei kein Problem und funktioniert auch in anderen Städten. Der Konsum finde sonst auch teilöffentlich und in der entsprechenden sozialen Gruppe statt.

Herr Ilgner möchte wissen, wieviel Betreuer vor Ort sein würde und ob auf besonderen Lebensumstände von Frauen Rücksicht genommen werde?

AW: Es werde eine Kombination aus Sozialarbeiter*innen, medizinischen Fachkräften und studentischen Hilfskräften geben und es sollten dauerhaft mindestens 5 Personen vor Ort sein, da eine stetige Ablösung notwendig sei. Für Frauen gebe es bereits jetzt gesonderte Angebote. Die Integration dieser Angebote in das Projekt des Drogenkonsumraums werde derzeit noch geklärt.

Herr Friedrich weist darauf hin, dass der Personalschlüsse doch eigentlich 6 Kräfte vorsehe und dass für das Wochenende verkürzte Öffnungszeiten geplant seien.

AW: Erfahrungsgemäß gebe es am Wochenende eine reduzierte Nachfrage. Für den Personalschlüssel gebe es unterschiedliche Konzepte, aber 5 Kräfte sei der Mindeststandard. Der Personalschlüssel errechne sich relativ zur Anzahl der angebotenen Plätze. Bei den derzeit vorgesehenen 5 Kräften handele es sich aber um eine Planungsgrundlage, ggf. müsse nachreguliert werden. Das sei auch eine Frage der zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Es könnten zudem Aufgaben durch Streetworker aufgefangen werden.

Herr Strauß hat eine Frage zur Flexibilität ist die Personalstruktur?

AW: Die Anpassungen müssten im Budget vorgenommen werden. Sollte das Personal nicht ausreichen, müssten ggf. die Öffnungszeiten eingeschränkt werden.

Herr Steffen vom Beirat erkundigt sich nach dem Planungsstand zum festen Standort?

AW: Man sei intensiv auf der Suche, habe aber noch keinen Standort ausgemacht.

Herr Körber, Projektkoordinator „Sichere und Saubere Stadt“ beim Senator für Inneres gibt einen Überblick zur Bedeutung des Drogenkonsumraum im Rahmen des Projekts „Sichere und Saubere Stadt“. Dieses konzentriere sich auf den Hauptbahnhof, Gröpelingen, sowie auf die Bremer Spielplätze. Es gebe einen Mangel an alternativen Angeboten für Menschen, die sich an diesen Orten zum Zwecke des Drogenkonsums aufhielten. Der Drogenkonsumraum sei ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes „Sicherer und sauberer Bahnhof“. Den Menschen solle geholfen werden, aber es gehe auch darum, die Belastung der Öffentlichkeit zu verringern. Die Schaffung eines Drogenkonsumraumes sei dabei jedoch kein Freibrief für den Handel und Besitz von Drogen. Besitz und Handel seien weiterhin strafbar. Verdrängung durch die Polizei führe jedoch zu Problemen anderenorts. Die für den Übergangs-Drogenkonsumraum ausgewählte Örtlichkeit in der Friedrich-Rauers-Straße sei gut geeignet: Zentral gelegen in Nähe zum Bahnhof, keine Anwohnerschaft, begrenzt durch das Jakobus-Haus und den Bahndamm. Die Betreuung müsse in enger Kooperation aller Träger funktionieren. Eine hohe Akzeptanz sei wichtig, aber es dürfe kein rechtsfreier Raum entstehen. Daher kein Handel und die Einhaltung der Hausordnung. Die Polizei müsse hier taktisch vorgehen. Zudem müsse die Sauberkeit gewährleistet werden, die über eine Kooperation zwischen Stadtreinigung und *come back* sichergestellt werden soll.

Diskussion / Fragen:

Herr Windszus vom Beirat erkundigt sich ob es vor Ort keine Kontrolle bzw. Polizeipräsenz geben werde?

AW: Es solle einen Mittelweg gewählt werden, der auch entsprechend kommuniziert werden soll. Der Handel müsse unterbunden und Sicherheit in der Nachbarschaft soll gewährleistet werden, aber der Raum müsse auch von den Nutzer*innen akzeptiert werden.

Herr Windszus fragt nach: Wie verhält es sich mit den Gästen des Zuckerclubs. Haben diese mit zunehmendem Kontakt mit der Polizei zu rechnen?

AW: Man baue hier auf eine enge Kooperation. Es soll grundsätzlich nur Kontrollen geben, wenn es einen Anfangsverdacht gebe.

Frau Selle vom Beirat interessiert sich für den in der Nähe verlaufenden Schulweg?

AW: Die Umgebung werde von der Polizei im Blick behalten.

Frau Kreiser-Saunders vom Beirat möchte wissen, ob denn die Schule(n) bereits kontaktiert worden wären - da sei doch mit Konflikten zu rechnen?

AW: Bisher noch nicht, aber man werde Kontakt aufnehmen. Eine komplette Konfliktfreiheit werde es im Bahnhofsumfeld und Innenstadtraum nicht geben können.

Herr Paulmann fragt nach dem Jugendschutz - sei die Errichtung eines Drogenkonsumraums im direkten Umfeld der schwächsten Gesellschaftsteilnehmer ratsam?

Herr Lindemann, der Revierleiter vom Revier am Bahnhof sagt dazu, dass das Polizeirevier am Bahnhof das Projekt eng begleiten werde. Die Kontaktpolizisten des Reviers hätten insbesondere den Schulweg im Blick.

Herr Ilgner ergänzt: Es handele sich um eine Konsumeinrichtung und der Handel soll unterbunden werden. Die Gefahrensituation und das Sicherheitsempfinden der Kinder müsse ernst genommen werden, es gebe aber einen Unterschied zwischen einem Gefühl der Verunsicherung und einer realen Gefahrensituation.

Herr Strauß sagt dazu, dass es andere Stellen in Bremen, an welchen die Nähe viel mehr gegeben sei.

Frau Kreiser-Saunders fragt nach, ob eine Verlagerung der Beschaffungskriminalität in diese Gegend zu befürchten sei?

AW: Dies sei nicht absehbar, aber werde vermutlich eher gering im Umfeld des Raumes sein.

Herr Paulmann wirft ein, die Methadonabgabestelle habe sehr wohl ein Problem damit und die Klientel des Drogenkonsumraums sei doch vergleichbar.

AW: Der Autor der Universitätsstudie ist ebenfalls zugegen und antwortet direkt darauf. Die Studien zu Drogenkonsumräumen würden keinerlei Zunahme von Kriminalität im direkten Umfeld belegen.

Frau Mergner ergänzt, dass die befürchteten Effekte im städtischen Bereich bereits an einer Vielzahl von Kontaktpunkten vorhanden seien. Durch den Drogenkonsumraum werde für alle eine Verbesserung der Situation erzielt. Es gelte das Prinzip der Schadensbegrenzung und die Kontaktaufnahme für das Angebot weiterführender Hilfen. Wer in diesem Kontext die Schwächsten der Gesellschaft sind, sei schwer zu bestimmen.

Herr Paulmann erwidert Kinder seien die Schwächsten in der Gesellschaft.

Drogenkonsumenten hätten sich frei dafür entschieden.

Frau Barth erläutert, dass schwierige Biografien Hintergründe seien, die den Begriff der Freiwilligkeit mehr als fraglich erscheinen ließen.

Herr Hellmich weist darauf hin, dass mit dem Sozialausschuss gerade ein sozialer Stadtrundgang gemacht worden sei, der sehr empfehlenswert sei. Keiner der Betroffenen habe sich das ausgesucht, das könne so nicht gesagt werden.

Herr Lindemann ergänzt, die Polizei habe viel Kontakt mit der Problematik und gehe stark von einer großen Entlastung der Bevölkerung durch den Drogenkonsumraum aus. Sauberer, kontrollierter Konsum in Kombination mit Hilfsangeboten könne nur im Sinne der Allgemeinheit sein. Nur darüber

könne eine Verbesserung im Bereich von Hauptbahnhof und Umgebung erreicht werden. Zudem brauche die Polizei ein Alternativangebot beim Aussprechen von Platzverweisen

Frau Selle findet, die Polizei und die Hilfseinrichtungen hätten offensichtlich die Auswirkungen auf die Öffentlichkeit gut im Blick. Darauf solle dann auch vertraut werden. Es handele sich um ein sehr fortschrittliches Projekt.

Herr Bollhagen vom Beirat hält die Notwendigkeit eines Drogenkonsumraums sei unstrittig und stellt fest, es gebe weit und breit keinen besser geeigneten Ort.

Herr Musch führt aus, man bemühe sich seit Jahren, Angsträume wie den Findorff-Tunnel (in Zusammenarbeit mit dem Beirat Findorff), das Fahrradparkhaus am Bahnhof, die Wallanlagen und den Hauptbahnhof zu verbessern. Der Aufenthalt der Nutzer*innen beim Drogenkonsumraum sei nur begrenzt. Weitere Einrichtungen seien erforderlich. Es gebe keinen besseren Ort, der ausgewählte Standort sei zu unterstützen.

Frau Drechsler-Konukiewitz erklärt, dass Kinder und Jugendliche nur durch Aufklärung geschützt werden könnten und äußert sich sehr positiv über die Herangehensweise der Polizei.

Herr Ilgner ergänzt, dass der Drogenkonsumraum natürlich auch das Umfeld verändern könne, aber der vorgeschlagene sei der bestmögliche Standort. Die Kooperation von Polizei und Drogenhilfe eröffneten neue Horizonte und verliehen der Befassung mit der Thematik dadurch eine neue, begrüßenswerte Qualität.

Herr Paulmann bleibt dabei, dass für ihn die Nähe des Schulweges problematisch bliebe. Der Standort des Drogenkonsumraums würde nicht zur Stärkung bzw. Aufwertung der Bahnhofsvorstadt beitragen. Sei nicht ein Standort hinter dem Güterbahnhof denkbar? Ob dieser Standort geprüft worden sei?

AW: Dieser Standort sei zu weit entfernt. Die Bahnhofsnähe sei wichtig und die Akzeptanz des Raumes ist zentral. Ängste und Sorgen seien nachvollziehbar, aber eine Änderung der Drogenpolitik sei dringend notwendig. Seit 40 Jahren sei der derzeitige politische Ansatz erfolglos.

Frau Hartung fügt hinzu, dass die Drogenproblematik immer mit dem Bahnhofsumfeld verknüpft sei. Der Drogenkonsumraum solle nicht als Problem empfunden werden, es werde hier eher gerade eine Lösung für ein Problem gefunden.

Herr Ilgner stellt dazu fest, es sei nicht der Fall, dass die Probleme der Stadt in der Bahnhofsvorstadt abgeladen werden würden.

Es gibt aus dem Publikum eine Nachfrage zur Verkehrsfrequenz. Der Standort befinde sich in unmittelbarer Nähe einer hochfrequentierten Straße. Sollte das nicht zur Sicherheit der Konsumenten vermieden werden?

AW: Die Gefahr sei überschaubar. Die Klientel bewege sich auch an stärkeren Verkehrsknotenpunkten relativ problemlos. Im Übrigen sei man mit dem Amt für Straßen und Verkehr (ASV) in Kontakt. Die Situation werde beobachtet man werde erforderlichenfalls durch Installation einer zusätzlichen Ampelschaltung nachsteuern.

Herr Friedrich stellt den Beschlussvorschlag vor:

Beschluss:

Der Beirat Mitte begrüßt die Einrichtung eines mobilen Drogenkonsumraumes wie vorgestellt und stimmt der Planung einer stationären Lösung zu. Der Beirat erwartet eine ausreichende personelle Besetzung, die insgesamt eine 70 Stündige Öffnungszeit pro Woche bei entsprechendem Personaleinsatz ermöglicht.

Herr Ilgner fügt ergänzend hinzu, dass hier noch eine Ausformulierung erforderlich sei und man das Konzept des Drogenraums erläutern müsse. Der Beirat stimmt diesem Wunsch zu.

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und keiner Enthaltung angenommen.

Herr Musch regt an, dass nach einem Jahr ein Erfahrungsaustausch über den Drogenkonsumraum im Sozialausschuss stattfindet.

Frau Mergner stellt ein Positionspapier des Paritätischen Verbandes zur Bremer Drogenpolitik.

TOP 5: Verschiedenes aus dem Beirat

entfällt

TOP 6: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der gemeinsamen Beiratssitzung mit den Beiräten Östliche Vorstadt und Hemelingen vom 21. Januar 2020 wird genehmigt

Sitzung geschlossen

Vorsitz

Hellena Hartung

Beiratssprecher

Jonas Friedrich

Protokoll

Manuela Jagemann & Armin Willkomm

Beschluss des Beirats Mitte zum Quartierservice

vom 03. März 2020

Der Beirat Mitte hält die Arbeit des Quartierservice für unverzichtbar. Der Beirat stellt fest, dass die normale Stadtreinigung für das Viertel durch den zusätzlichen Service ergänzt werden muss. Der

Quartierservice leistet eine hervorragende Arbeit, insbesondere bei den Belastungen durch die hohe Besucherdichte und die große Anzahl an Veranstaltungen.

Der Quartierservice ist für den Stadtteil von hoher Bedeutung. Indem er zusätzlich zur Stadtreinigung unterwegs ist, erhöht er die Frequenz und reinigt Sonderbereiche, wie z.B. Fahrradständer. Er übernimmt in Bedarfsfällen die Reinigung von Spielplätzen und hat ein besonderes Auge auf die Sielwall-Kreuzung.

Aber auch im Bereich der Nachbarschaftshilfe sind sie als Helfer von großer Bedeutung – Herausstellen von Sperrmüll oder als Gartenhilfe. So übernehmen sie auch eine soziale Rolle im Stadtteil.

Diese Aufzählungen zeigen, dass die Tätigkeit von hoher Flexibilität geprägt ist und übergreifende Aufgaben wahrgenommen werden können.

Der Quartierservice ist im Viertel entstanden, aus einer Initiative des damaligen Beirats zusammen mit dem damaligen Ortsamtsleiter Robert Bücking. Immer wieder hat der Quartierservice eine Berg- und vor allem Talfahrt durch die Welt der Finanzierungen gemacht. Seit 2019 ist er erneut stark gefährdet – und die PAS-Förderung läuft Ende 2020 aus.

Der Quartierservice ist wichtiger Bestandteil des Stadtteils und hat neben seiner Qualität Charakter – ein Charakter, der die Straßenreinigung noch einmal sichtbar macht und es handelt sich bei den Handelnden um „Helden des Alltags“.

Aus diesen Gründen muss die Finanzierung des Quartierservice auch in Zukunft gesichert sein.

So fordert der Beirat für die Zukunft eine auskömmliche Finanzierung dieser wertvollen Arbeit.

Einstimmiger Beschluss des Beirats Mitte

Bremen, 03. März 2020

Der Beirat Mitte

Beschluss des Beirats Mitte
zu einer
Übergangslösung für einen Drogenkonsumraum
in der Friedrich-Rauers-Straße
vom 3.3. 2020

Der Drogenkonsumraum ist ein wichtiger Beitrag zu einer modernen Gesundheitspolitik in Bremen, die Drogensucht als Krankheit anerkennt. Mittels der medizinischen Betreuung können Infektionen und Folgeerkrankungen erkannt oder gar verhindert werden sowie schnelle Reaktionen auf Notfälle erfolgen. Zudem können Konsument*innen über Beratungs- und Unterstützungsangebote Wege aus der Abhängigkeit aufgezeigt werden. Langjährige Erfahrungen aus anderen deutschen und europäischen Städten zeigen, dass Drogenkonsumräume gut dazu geeignet sind, besonders gefährdete Drogenkonsument*innen sozialarbeiterisch zu erreichen und die Gesundheitssituation der Konsument*innen zu verbessern.

Neben den positiven gesundheitspolitischen Wirkungen ist die Einrichtung eines Drogenkonsumraums ein Beitrag zur Entlastung des öffentlichen Raumes und zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Menschen am und um den Bremer Hauptbahnhof. Durch die Schaffung eines sicheren Konsumortes ist zu erwarten, dass sich die zurzeit verstreut um den Hauptbahnhof aktive Konsument*innenszene wieder sammelt und andere Orte, wie zum Beispiel die Wallanlagen, entlastet werden.

Der Parkplatz vor dem Jakobushaus in der Friedrich-Rauers-Straße ist ein guter Standort für die Übergangslösung für einen Drogenkonsumraum in Bremen. Es handelt sich um eine geeignete Mischung aus bahnhofsnahe Lage bei gleichzeitiger Abgrenzung zur Wohnbebauung. So ist zu erwarten, dass der Standort gut von der Konsument*innenszene angenommen wird, ohne dass direkte Nachbar*innen durch erhöhten Publikumsverkehr beeinträchtigt werden. Besondere Beachtung bei der Umsetzung des Konzepts muss die Kreuzung von Friedrich-Rauers-Straße und Kaufmannsmühlenkamp bzw. Findorff-Tunnel erhalten. Hier kreuzen sich die Schulwege von Schüler*innen und den Nutzer*innen des Drogenkonsumraums.

Beschluss:

Der Beirat Mitte begrüßt die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes in Form der Übergangslösung wie vorgestellt und stimmt der Planung einer stationären Lösung zu. Der Beirat erwartet eine ausreichende personelle Besetzung für mindestens sieben Stunden Betrieb pro Woche.